

Presse-Information

Nr. 950

19. November 2009

Heute mit folgenden Themen:

- **Gericht: Keine generelle Pflicht zur Radwegnutzung**
- **Partikelfilter: Barförderung für Nachrüstung läuft bald aus**
- **Studie: Deutsche Autofahrer Spitze in Europa**
- **Wie die EU sichere Lkws noch sicherer machen könnte**
- **Niederländische Kilometer-Maut ist beschlossene Sache**
- **Flüssigkeitsregelung bei Kontrollen in Flughäfen wird bis 2014 verlängert**

Gericht: Keine generelle Pflicht zur Radwegnutzung

Bad Windsheim (ARCD) – Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof stärkte in einem aktuellen Urteil die Rechte der Radfahrer als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer (Az: BayVGH 11 B 08.186). Danach dürfen Radfahrer im Regelfall auf der Fahrbahn fahren. Städte und Gemeinden können nur in Ausnahmefällen Radwege als benutzungspflichtig kennzeichnen. Im konkreten Fall hatte die Stadtverwaltung von Regensburg einseitige Geh- und Radwege neben Straßen eingerichtet und durch blaue Schilder für beide Fahrrichtungen eine Benutzungspflicht angeordnet. Die Kommune begründete dies mit Sicherheitserwägungen. Das Gericht folgte dem jedoch nicht und stellte in einem ungewöhnlich detaillierten 41-seitigen Urteil klar: Radwege dürfen nur dann als benutzungspflichtig gekennzeichnet werden, wenn wegen besonderer örtlicher Verhältnisse eine erheblich erhöhte Gefährdung für die Verkehrsteilnehmer besteht. Im vorliegenden Fall konnten die Richter eine solche Gefährdung nicht erkennen. Es müsse davon ausgegangen werden, dass auch in zahlreichen anderen Fällen die Benutzungspflicht für Radwege ohne ausreichenden Rechtsgrund angeordnet wurde. Eine solche Anordnung dürfe jedoch nur eine Ausnahme sein, so der Urteilstenor. Geklagt hatte der Ortsvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) mit Unterstützung seines bayerischen Verbandes. Kommentar des ADFC-Bundesvorsitzenden Karsten Hübener: „Nach diesem Urteil sind nun alle Verwaltungen gefordert, sich an geltendes Recht zu halten“. Allerdings gilt das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes formal nur für Bayern. Der ADFC erwartet aber, dass sich an diesem Urteil auch andere Verwaltungsgerichte in Deutschland orientieren werden, weil es den Charakter eines Grundsatzurteils habe. **ARCD**

Partikelfilter: Barförderung für Nachrüstung läuft bald aus

Bad Windsheim (ARCD) – Die Gefahr, dass der Staat auf Fördergeldern für seine Bürger sitzen bleibt, besteht nicht so oft. Bei der Barförderung in Höhe von 330 Euro für die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern scheint dies nun aber der Fall zu sein. Die alte Bundesregierung hatte eine Wahlmöglichkeit zwischen Steuergutschrift und Barprämie geschaffen und für diesen Zweck zusätzlich 66 Mio. Euro im Nachtragshaushalt II eingeplant. Nach Angaben des zuständigen Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrförderung (BAFA) ist seit der Freischaltung des Online-Antragsformulars am 1. September erst rund ein Zehntel von



Presse-Information

200.000 möglichen Anträgen eingegangen. Die Behörde erinnert aktuell daran, dass die Förderung zum Ende des Jahres 2009 auslaufe und Anträge nach erfolgter Nachrüstung nur noch bis 15. Februar 2010 gestellt werden könnten. In der Vergangenheit hatten immer mehr Kommunen Umweltzonen eingerichtet, die von Fahrzeugen ohne gültige Umweltplakette gar nicht oder nur beschränkt befahren werden dürfen. In einigen Städten wird ab Januar 2010 die nächste Stufe eingeführt. Das bedeutet laut TÜV Süd, dass Fahrzeuge mit roter Umweltplakette nicht mehr in die jeweiligen Innenstädte rollen dürfen. Berlin und Hannover lassen dann beispielsweise nur noch Fahrzeuge mit dem grünen Aufkleber in die Innenstadt. Auch Frankfurt und München planen für 2010 Verschärfungen. Durch den nachträglichen Einbau eines Partikelminderungssystems ist in der Regel der Aufstieg in eine günstigere Schadstoffgruppe möglich. Bei einigen Fahrzeugen sei sogar eine Verbesserung um zwei Stufen möglich, wirbt die BAFA für ihren Fördertopf. Rolf Klein vom Partikelfilterhersteller HJS sagt für die Zeit vor dem Jahreswechsel einen starken Ansturm auf die Werkstätten voraus, da eine Nachrüstung für den Fahrzeughalter weniger Steuern, bundesweit freie Fahrt in allen Umweltzonen und einen höheren Wiederverkaufswert für das Fahrzeug bringe. Das Kraftfahrzeuggewerbe und der Verband der Automobilindustrie (VDA) fordern von der neuen Bundesregierung inzwischen eine Verlängerung der Frist und auch eine Förderung von leichten Nutzfahrzeugen. **ARCD**

Studie: Deutsche Autofahrer Spitze in Europa

Bad Windsheim (ARCD) – Deutschland hat die besten Autofahrer, meinen ihre Fahrerkollegen in anderen europäischen Ländern. Sie wählten die deutschen Autolenker beim AXA Verkehrssicherheitsreport 2009, einer länderübergreifenden Studie über das Sicherheitsbewusstsein von Autofahrern in Europa, auf den 1. Platz. Rund 8.000 Befragte aus zehn Ländern nahmen an der Studie teil. Demnach fühlen sich 83 % der deutschen Autofahrer auf heimischen Straßen sicher, im europäischen Durchschnitt sind es nur 75 Prozent. Alkohol am Steuer ist gefährlich, meinen neun von zehn deutschen Autofahrern. Dennoch fährt ungefähr jeder zehnte gelegentlich mit Alkohol im Blut. Im europäischen Durchschnitt setzt sich jeder fünfte Fahrzeuglenker sporadisch alkoholisiert ans Steuer. Etwa 90 Prozent der deutschen Autofahrer geben das Missachten von Sicherheitsabständen, Fahren ohne Sicherheitsgurt, Alkohol am Steuer und Rechtsüberholen auf der Autobahn als die gefährlichsten Verkehrssünden an. Damit zeigen sich deutsche Autofahrer deutlich gefahrenbewusster als ihre Kollegen aus anderen europäischen Ländern. Am sichersten fühlen sich die befragten deutschen Autolenker auf Landstraßen. Dies ist übrigens ein gefährlicher Trugschluss, denn dort passieren über die Hälfte aller Unfälle mit Todesfolge. Wenn es um die Umwelt geht, zeigen Deutsche Bereitschaft, langsamer zu fahren. Jeder Zweite befürwortet eine generelle Reduzierung der Geschwindigkeit um 10 km/h, wenn es der Umwelt helfe. Italien gehört zu den beliebtesten Autoreiseländern der Deutschen – auch wenn unsere südlichen Nachbarn Verkehrsregeln schon mal anders interpretieren. So empfinden nur 76 Prozent der befragten Italiener das Fahren ohne Sicherheitsgurt als gefährlich, von den deutschen Fahrern hingegen 94 Prozent. Auch das Benutzen des „telefonino“ am Steuer scheint für viele Italiener harmloser als für die anderen europäischen Autofahrer: Jeder Fünfte (19 Prozent) hält Telefonieren ohne Freisprecheinrichtung am Steuer nicht für gefährlich, gar 38 Prozent geben zu, gegen das auch in Italien geltende Verbot zu verstoßen. Offenbar schrecken sie selbst die dort geltenden Bußen in Höhe von bis zu 600 Euro nicht davon ab. Im Ländervergleich schneiden die Italiener



Presse-Information

insgesamt ohnehin am schlechtesten ab, was ihr Sicherheitsbewusstsein im Verkehr betrifft.
ARCD

Wie die EU sichere Lkws noch sicherer machen könnte

Bad Windsheim (ARCD) – Obwohl die Transportmengen auf Deutschlands Straßen in den vergangenen 15 Jahren um 84 % zugenommen haben, ist die Anzahl der Verkehrstoten bei Unfällen mit Lkw-Beteiligung um 40,3 % zurückgegangen. Anders gerechnet: 1995 waren noch in 22 % aller Unfälle Lkw über 12 t verwickelt, 2007 hingegen nur mehr bei 12 % der Unfälle. „Diese Zahlen sind ein deutliches Indiz dafür, dass die Fahrzeug- und Verkehrssicherheit im Bereich der Nutzfahrzeuge stark zugenommen hat“, erklärte Dipl.-Ing. Clemens Klinke, Vorsitzender der Dekra-Geschäftsführung bei der Präsentation des Verkehrssicherheitsreports 2009 im Rahmen einer Europakonferenz in Brüssel am 10. November. Man dürfe sich jedoch auf den Lorbeeren nicht ausruhen. „Wir sehen noch genug Verbesserungspotential in der EU“, meinte Clemens. Die ab 2011 und 2012 vorgeschriebene Ausrüstung neuer Lkw mit Sicherheitstechnologien wie ESP und elektronischem Notbremsassistenten würde nur dann den erhofften Effekt bringen, wenn die Funktionsweise der Elektronik EU-weit bei den Hauptuntersuchungen überprüft würde, um tatsächlich über die Lebensdauer eines Fahrzeugs wirksamen Schutz zu bieten. Spediteuren sollten steuerliche Anreize oder Vergünstigungen, etwa bei den Versicherungsprämien, geboten werden, um die Anschaffung von Sicherheitstechnologien attraktiver zu machen. Zudem sollte jeder Betrieb effektives Risikomanagement betreiben und Sicherheitsaspekte ins Zentrum des ab sofort EU-weit verpflichtenden Auffrischungstrainings für Berufsfahrer (35 Stunden alle fünf Jahre) stellen. Damit könne man auch die geringe Anschnallquote von derzeit nur 50 % bei Lkw-Fahrern steigern. Ein ärztliches Check-up für Berufsfahrer ab 50 Jahren wäre ebenfalls EU-weit sinnvoll, so Clemens, umso mehr, als die Anzahl älterer Lkw-Fahrer zunehme. Nachbesserungsbedarf sieht die Prüforganisation bei der allzu rigiden EU-Regelung der Lenk- und Ruhezeiten, da sie eine Mitschuld an der Parkraum-Misere trüge. „Nachdem selbst ein paar Minuten Inbetriebnahme während der gesetzlichen Ruhezeit vom Tachographen als ‚illegal‘ vermerkt werden, vermeiden viele Lenker, ihr Fahrzeug in diesen acht Stunden umzustellen, selbst wenn dies unter Sicherheitsaspekten sinnvoll wäre“, führte Clemens aus. Ebenso wie der ARCD setzt sich Dekra für die längst fällige Schaffung einer zentralen EU-Unfalldatenbank ein. Nur so könnten sinnvolle politische Maßnahmen aufgrund von Detailanalysen ergriffen werden. „Leider werden jedoch nach wie vor Unfalldaten in den verschiedenen Mitgliedsstaaten nach unterschiedlichen Kriterien gesammelt und ausgewertet“, bemängelte Clemens die derzeitige Praxis.

ARCD

Niederländische Kilometer-Maut ist beschlossene Sache

Bad Windsheim (ARCD) – Der niederländische Verkehrsminister Camiel Eurlings hat vergangenen Freitag im Ministerrat seinen Gesetzesvorschlag zur Einführung einer kilometerbezogenen Pkw- und Lkw-Maut vorgestellt. Demnach soll das satelliten-gestützte Mautsystem für Lkw im Laufe des Jahres 2012 eingeführt werden, bis 2018 sollen allen Fahrzeuge in den Niederlanden mit einer „Maut-Box“ ausgestattet werden, die eine kilometergenaue Abrechnung ermöglicht. Die pauschalen Jahresabgaben und Kaufsteuern auf Autos laufen parallel dazu aus. Nach Informationen des „Financieele Dagblad“ wird der durchschnittliche Mautpreis für Pkw anfangs 3 Cents betragen und sich nach der kompletten Umstellung des



Presse-Information

Besteuerungsmodus auf 6,7 Cents belaufen. Der Kilometerpreis wird auf stark befahrenen Straßen in den Stoßzeiten höher ausfallen und überdies nach der Emissionsmenge des Fahrzeugs gestaffelt. Ein Internet-Rechner (www.kilometerprijs.nl) soll Autofahrern ab Ende November ermöglichen, den Preis jeder Fahrt im Voraus genau zu ermitteln. Berechnungen des niederländischen Verkehrsministeriums zufolge sollen 59 % der niederländischen Autofahrer nach der kompletten Umstellung weniger als bislang bezahlen, für 25 % bliebe die Belastung gleich hoch, und 16 % würden mehr bezahlen. Eurlings erwartet sich von der innovativen Gebrauchsabgabe eine Verringerung des Verkehrsaufkommens um 15 %, dazu 50 % weniger Staus und eine Drosselung der Schadstoffemissionen um 10 %. „Ich bin neugierig, was man in Brüssel von dem Plan hält“, meinte die oppositionelle EU-Abgeordnete Jeanine Hennis-Plasschaert (Liberale) am Montag. Ebenso wie einige belgische Politiker ist sie wenig vom einseitigen Vorpreschen der Niederlande in Sachen Maut angetan und erkennt darin eine Einschränkung des freien Waren- und Personenverkehrs. Tatsächlich könnte der niederländische Vorschlag auf Widerstand der EU-Kommission treffen, wenn nicht sichergestellt wird, dass ausländische Autofahrer ab 2018 nicht mehr bezahlen als Niederländer, die ab diesem Zeitpunkt von sämtlichen Pauschalsteuern befreit würden. **ARCD**

Flüssigkeitsregelung bei Kontrollen in Flughäfen wird bis 2014 verlängert

Bad Windsheim (ARCD) – Die Europäische Kommission will das Risiko nicht eingehen, die Einschränkungen bei Mitnahme von Flüssigkeiten an Board von Flugzeugen wie ursprünglich geplant am 29. April 2010 auslaufen zu lassen. Bei einer Aussprache im Verkehrsausschuss des EU-Parlaments meinte der Vertreter der EU-Kommission, dass die Terrorismusgefahr noch lange nicht gebannt wäre und die Sicherheit der Fluggäste absoluten Vorrang hätte, auch wenn dies mit einigen Unannehmlichkeiten und Kosten verbunden wäre. „Es ist unbedingt notwendig, ein einheitliches Sicherheitssystem in allen EU-Flughäfen zur automatischen Überprüfung der Gefährlichkeit von Flüssigkeiten einzuführen, bevor die derzeitige Regelung ausläuft“, so der Sprecher der Kommission. Anderenfalls liefe man Gefahr, dass jeder Mitgliedsstaat eigene Sicherheitsvorkehrungen trafe und damit ein unvorhersehbares Chaos an den Flughäfen herrsche. Derzeit erwäge die Kommission die Übernahme der von den USA approbierten Standards der zukünftigen automatischen Kontrollapparate. Endlos viel Zeit will die Kommission den Flughäfen und Herstellern von Screening-Geräten jedoch nicht einräumen. Bis 2012 sollen alle Flughäfen mit über zehn Millionen Passagieren über entsprechende Geräte verfügen, 2014 schließlich müsste der Rest folgen. In Flughäfen von Drittländern erwerbene und versiegelte Zollfrei-Waren dürften nach Vorstellungen der Kommission bereits ab Ende April 2010 beim Umstieg auf einem EU-Flughafen nicht mehr wie bisher beschlagnahmt werden. „Es freut mich, dass dem organisierten Diebstahl von Duty-Free-Waren ein Ende gesetzt wird“, kommentierte der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, der Sozialdemokrat Brian Simpson, das Vorhaben der Kommission. Er bemängelte jedoch ebenso wie Gesine Meissner (FDP), dass die Kommission bis dato den Nachweis der Effizienz der derzeitigen Regelung schuldig geblieben ist. Mathieu Grosch forderte als Verkehrssprecher der EVP-Fraktion, „nicht auf Godot zu warten, sondern ehrgeizigere Fristen zur Einführung neuer Kontrolltechniken zu setzen, um die derzeitige Schikane bis spätestens 2013 zu beseitigen.“

ARCD

